

UBP-Fraktion im Recklinghäuser Kreistag

An den Landrat des Kreises Recklinghausen
Herrn C. Süberkrüb
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen

Recklinghausen, 15.04.2011

Antrag an den Kreistag Recklinghausen

➤ Einrichtung einer kreisweiten Verbraucher-Zentrale NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

die UBP- Kreistagsfraktion beantragt die Prüfung zur Realisierbarkeit einer kreisweiten Verbraucher-Zentrale NRW, die ihren Sitz im neugeplanten Kreishaus erhält.

Begründung:

Die Verbraucher-Zentrale NRW unterhält seit 1970 in Recklinghausen eine eigenständige Beratungsstelle. Darüber hinaus gibt es Niederlassungen in Castrop-Rauxel, Dorsten und Marl. Sie ist Anlaufstelle für ca. 60.000 Menschen pro Jahr und seit vielen Jahren bei den Bürgern etabliert. Die Verbraucher-Zentrale erfüllt wichtige Dienste in der Beratung von Menschen. Die Finanzierung der Beratungsstelle basiert auf Landesmitteln, kommunalen Komplementärmitteln, Spenden und kleineren Entgelteinnahmen.

Die Verbraucherzentrale bietet z. B. Beratung, Informationsmaterialien und eine Infothek mit Testergebnissen und Unterlagen zu wichtigen Verbraucherthemen. Sie berät Kunden, wenn Sie Ärger am Urlaubsort hatten, das Gerät nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt, die Telefonrechnung zu hoch erscheint, der Handwerker nicht korrekt gearbeitet und/oder eine zu hohe Rechnung geschickt hat. Weiterhin bietet die Verbraucherzentrale eine Rechtsvertretung an, um Ansprüche auf Grundlage der aktuellen Rechtsprechung und Gesetzgebung durchzusetzen.

Die Kosten für die Unterhaltung der Verbraucherzentrale bestehen im erheblichen Maße aus Personalkosten für qualifizierte Mitarbeiter, Miete einschließlich Nebenkosten sowie Sachaufwand. Durch einen möglichen Umzug ins Kreishaus

könnten die Miet- sowie Nebenkosten reduziert und darüber hinaus Synergien geschaffen werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit könnte in der Sache „Verbraucherschutz bzw. –beratung“ vorangetrieben und auf Jahre gesichert werden. Wir halten es für notwendig, der Verbraucher-Zentrale NRW Planungssicherheit auf mindestens fünf Jahre zu gewähren und jährliche (ungewisse!) Verhandlungen mit der Stadt Recklinghausen zu ersparen.

An der Finanzierung könnten dann alle 10 Kreisstädte über die Kreisumlage beteiligt werden. Bisher werden die Niederlassungen im Kreis von den Städten Dorsten, Marl, Castrop-Rauxel und Recklinghausen alleinig finanziert, obwohl ein Teil der Verbraucher auch aus den übrigen Kreisstädten kommen. Durch eine zentrale Anlaufstelle könnten erhebliche Kosten gespart und Synergien genutzt werden.

Die Wichtigkeit dieser Einrichtung dürfte den Entscheidungsträgern bekannt sein.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Köller
Fraktionsvorsitzender

Claudia Ludwig
Kreistagsabgeordnete

Lars Radziej
Kreistagsabgeordneter